



Der Schweizerische Verband der Sozialversicherungs-Fachleute
La Fédération suisse des employés en assurances sociales
La Federazione svizzera degli impiegati delle assicurazioni sociali

Lösungsvorschlag

Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2023

Prüfungsteil 1.2 Falldossier

Kandidatennummer	
Zweig	Invalidenversicherung
Dauer	90 Minuten
Falldossier	Nr. 1
	Rente / Rentenrevision / Koordination IV-Rente-Taggeld / IV-Weiterentwicklung
Beilagen	Keine
Anzahl Seiten	7

Falldossier: Rente / Rentenrevision / Koordination IV-Rente-Taggeld / IV-Weiterentwicklung

Sachverhalt

Dem Versicherten A. Schmid, geboren am 30.04.1993, wurden von der IV bis 30.04.2013 medizinische Massnahmen zur Behandlung des Geburtsgebrechens 404 zugesprochen. Infolge der Störungen des Verhaltens war der Versicherte nach Ende der Sonderschulung nicht eingliederungs- und ausbildungsfähig. Aus medizinischer Sicht konnte weder kurz- noch mittelfristig eine Eingliederungsfähigkeit prognostiziert werden. Die IV sprach dem Versicherten deshalb mit Wirkung ab 01.05.2011 eine ganze IV-Rente zu.

Nachdem im Rahmen einer Revision von Amtes festgestellt wurde, dass sich die Störungen im Verhalten dank mehrjähriger intensiver Psychotherapie verbessert hatten, wurde dem Versicherten von der IV vom 01.08.2016 – 31.07.2018 eine erstmalige berufliche Ausbildung in Form einer Attestausbildung zum Schreinerpraktiker im 1. Arbeitsmarkt zugesprochen. Die IV richtete ihm während dieser Ausbildung ein kleines Taggeld in Höhe von CHF 122.10 aus. Die Rentenzahlungen wurden deshalb auf den 01.08.2016 sistiert.

Die Abklärungen der IV-Stelle nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung ergaben, dass der Versicherte aufgrund der Verhaltensstörungen lediglich in der Lage ist, 50% des Einkommens eines ausgebildeten Schreinerpraktikers zu erzielen. Mit Wirkung ab 01.08.2018 wurde ihm deshalb die ganze Rente bis 31.10.2018 wieder ausgerichtet. Ab 01.11.2018 wurde sie bei einem IV-Grad von 60% auf eine Dreiviertelsrente herabgesetzt. Die Bemessung der Validenbasis erfolgte weiterhin gestützt auf Art. 26 Abs. 1 IVV.

Im Rahmen der Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 03.11.2021 wurde der IV-Rentenanspruch auftragsgemäss auf den 01.01.2022 revidiert. Nachdem die Berechnung über die ab 01.01.2022 gültige Validenbasis nach Art. 26 Abs. 6 IVV einen IV-Grad von 62% ergab, wurde die Dreiviertelsrente belassen und weiterhin ausgerichtet.

Im Mai 2022 kam es zu einer gesundheitlichen Verschlechterung. Der Versicherte musste sich mehrere Monate stationär behandeln lassen. Da auch im Anschluss daran eine 100%ige Arbeitsunfähigkeit bestand, wurde A. Schmid mit Verfügung vom 20.10.2022 rückwirkend ab August 2022 eine ganze IV-Rente zugesprochen.

Seit 01.01.2023 kann der Versicherte seine Tätigkeit beim bisherigen Arbeitgeber als gelernter Schreinerpraktiker EBA wieder ausüben. Er erhält den gleichen Lohn in Höhe von CHF 2'300.— (x 13) wie vor Eintritt der gesundheitlichen Verschlechterung, vergütet. Dieser Lohn entspricht 50% des Einkommens eines gesunden Schreinerpraktikers EBA im Betrieb. Im Lohnausweis weist der Arbeitgeber daraufhin, dass sich der Lohn neu seit der gesundheitlichen Verschlechterung aus einem Leistungslohn von CHF 1'800.— und einem Soziallohnanteil von CHF 500.— zusammensetzt. Aus sozialen Gründen entrichtet der Arbeitgeber dem Versicherten aber den gleichen Lohn wie vor Mai 2022.

Nach Erhalt des Revisionsentscheids bittet A. Schmid in diesem Schreiben die zuständige IV-Stelle um Auskunft, weshalb ihm neu eine tiefere Teilrente wie bis Juli 2022 ausgerichtet wird, obwohl er von seinem Arbeitgeber im Jahre 2023 den gleichen Lohn wie zuletzt im Jahre 2022 erhalte. Gleichzeitig teilt er der IV-Stelle mit, dass er seinen Lebensunterhalt mit der tieferen IV-Rente nicht mehr bestreiten könne.

Beilagen

Keine

Aufgabe

1. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse des Sachverhalts, des Verfahrens und der Entscheide bis zur Zusprache der erstmaligen beruflichen Ausbildung mit Taggeld und Sistierung der Rentenleistungen per 01.08.2016 vor. Legen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.
2. Nehmen Sie begründet Stellung, ob die IV-Stelle das Verfahren bis zur Rentensistierung per 01.08.2016 rechtlich korrekt gestaltet hat und die bis zu diesem Zeitpunkt zugesprochenen Leistungen zu Recht zugesprochen und ausgerichtet wurden.
3. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse des Sachverhalts, des Verfahrens und der Entscheide ab Wiederausrichtung der IV-Rente im August 2018 bis zur abgeschlossenen Revision von Amtes wegen per 01.01.2022 mit Weiterausrichtung der Dreiviertelsrente vor. Listen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.
4. Nehmen Sie begründet Stellung, ob die IV-Stelle die Entscheide ab Wiederausrichtung der IV-Rente im August 2018 bis zur abgeschlossenen Revision per 01.01.2022 mit Weiterausrichtung der Dreiviertelsrente rechtlich korrekt getroffen hat.
5. Treffen Sie den Revisionsentscheid nach der Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit als gelernter Schreinerpraktiker EBA ab 01.01.2023. Nehmen Sie dabei zu den massgebenden Punkten nachvollziehbar und begründet Stellung.
6. Formulieren Sie das Antwortschreiben an den Versicherten.

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen. Als Richtgrösse werden 5-10 Seiten A4 erwartet, der effektive Umfang Ihrer Arbeit wird nicht bewertet. Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar? (15 Punkte)
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen? (15 Punkte)
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen? (15 Punkte)
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen? (15 Punkte)
- Trifft der/die Kandidat/in einen geeigneten Entscheid und argumentiert er/sie den Entscheid nachvollziehbar und fachlich korrekt? (15 Punkte)
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen? (15 Punkte)

Punkte

max. 90

Aufgabe 1 und 2:

Ausgangslage

Der am 30.04.1993 geborene Versicherte war nach dem Besuch der Sonderschule infolge von Verhaltensstörungen (GG 4404) weder eingliederungs- noch ausbildungsfähig. Aus medizinischer Sicht konnte weder kurz- noch mittelfristig eine Eingliederungsfähigkeit prognostiziert werden. Die zuständige IV-Stelle sprach ihm deshalb nach Vollendung des 18. Altersjahres mit Wirkung ab 01.05.2011 eine ganze IV-Rente zu.

Nachdem die Verhaltensstörungen dank jahrelanger intensiver Psychotherapie verbessert werden konnten und eine Eingliederungs- bzw. Ausbildungsfähigkeit bestand, wurde dem Versicherten von der IV eine erstmalige berufliche Ausbildung vom 01.08.2016 – 31.07.2018 zugesprochen. Ab Beginn der Ausbildung wurde A. Schmid ein kleines Taggeld in Höhe von CHF 122.10 ausgerichtet und die Rentenleistungen gleichzeitig ab Beginn des Taggeldanspruchs sistiert. Weitere invaliditätsbedingte Mehrkosten fielen während dieser erstmaligen beruflichen Ausbildung nicht an.

Analyse

Nach Ende der Sonderschule hat die IV-Stelle geprüft, ob der Versicherte eingliederungs- bzw. ausbildungsfähig ist. Sie kam dabei zum Schluss, dass der Versicherte nicht in der Lage sei, eine Berufsausbildung zu absolvieren.

Da zu diesem Zeitpunkt zudem weder kurz- noch mittelfristig mit einer Ausbildungsfähigkeit zu rechnen war, wurde der Rentenanspruch geprüft und Herrn A. Schmid ab 01.05.2011 eine ganze IV-Rente zugesprochen.

Nachdem eine von Amtes eingeleitete Revision ergab, dass es dem Versicherten gesundheitlich besser ging und er ausbildungsfähig sei, wurden ihm berufliche Eingliederungsmassnahmen in Form einer vom BBT anerkannten zweijährigen Attestausbildung zum Schreinerpraktiker vom 01.08.2016 – 31.07.2018 zugesprochen.

Mit Beginn der Ausbildung wurde dem Versicherten ein IV-Taggeld in Höhe von CHF 122.10 ausgerichtet und die Auszahlung der Rentenleistungen ab 01.08.2016 sistiert. Zusätzlich zum Taggeld wurden von der IV keine Leistungen ausgerichtet.

Rechtliche Erwägungen

Aufgrund der Sonderschulung sowie des anerkannten Geburtsgebrechens ging die IV-Stelle zu Recht davon aus, dass eine Invalidität im Sinne des IVG vorliegt, welche einen Anspruch auf IV-Leistungen begründet. Die IV-Stelle hat deshalb dem gesetzlichen Auftrag entsprechend nach Ende der Sonderschulung die beruflichen Eingliederungsmöglichkeiten geprüft. Da der Versicherte zu diesem Zeitpunkt weder eingliederungs- noch ausbildungsfähig war, konnten keine beruflichen Eingliederungsmassnahmen zugesprochen werden. Aufgrund der schlechten Prognose wurde die Prüfung der beruflichen Eingliederungsmassnahmen abgeschlossen. Es folgte die Rentenprüfung und es wurde dem Versicherten mit Wirkung ab 01.05.2011 eine ganze IV-Rente zugesprochen. Dieses Vorgehen der zuständigen IV-Stelle widerspricht nicht dem gesetzlichen Grundsatz «Eingliederung vor Rente», da im Zeitpunkt der Rentenzusprache keine Eingliederungsfähigkeit bestand. Ein Rentenanspruch entsteht zudem erst, wenn die Erwerbsfähigkeit durch zumutbare Eingliederungsmassnahmen nicht wiederhergestellt werden kann. Im Zeitpunkt der Rentenprüfung fehlte es an einer ärztlichen Prognose, die eine Verbesserung der Eingliederungsfähigkeit kurz- bzw. zumindest mittelfristig in Aussicht stellte. Da eine gesundheitliche Verbesserung jedoch nicht ausgeschlossen werden konnte und wegen des Alters des Versicherten, war die zuständige IV-Stelle verpflichtet, eine amtliche Revision zu gegebener Zeit vormerken.

In Zusammenhang mit der Zusprache der erstmaligen beruflichen Ausbildung stellten sich verschiedene IV-rechtliche Fragen. Aus der Sachverhaltsschilderung geht hervor, dass die erstmalige berufliche Ausbildung einzig zur Ausrichtung des IV-Taggeldes führte. Weitere Sachleistungen wurden von der IV nicht übernommen. Da der Versicherte die Ausbildung im 1. Arbeitsmarkt absolvieren konnte und es sich dabei um die Erstausbildung handelte, ist davon auszugehen, dass im Vergleich zu einer gesunden Person, welche die gleiche Ausbildung absolviert, keine invaliditätsbedingten Mehrkosten anfielen. Der Entscheid der IV-Stelle, keine Ausbildungskosten zu übernehmen, war deshalb korrekt.

Aufgrund des Taggeldanspruchs hat die IV-Stelle die erstmalige berufliche Ausbildung über Art. 8 IVG und nicht über Art. 8a IVG zugesprochen. Auch dieser Entscheid ist korrekt, da es sich nicht um einen eingliederungsorientierten Rentenrevisionsfall handelte, sondern der beruflichen Ausbildung eine gesundheitliche Verbesserung zugrunde lag. In Anlehnung an Art. 47 Abs. 1 bis Bst. b IVG ist deshalb die Rentenzahlung wegen des Taggeldanspruchs zu sistieren. Da der Versicherte seine Erstausbildung ohne Behinderung bei Beginn der Attestausbildung bereits abgeschlossen gehabt hätte, hatte er Anspruch auf den Höchstansatz des kleinen Taggeldes in Höhe von CHF 122.10.

Abschliessend stellt sich noch die Frage, ob die erstmalige berufliche Ausbildung einzig wegen des Taggeldanspruchs von der IV-Stelle zugesprochen werden konnte. Diese Frage muss ebenfalls mit ja beantwortet werden. Im Vergleich zu den gesetzlichen Bestimmungen seit Inkrafttreten der IV-Weiterentwicklung am 1. Januar 2022, war es bis 31.12.2021 rechtlich korrekt, wurde ein Taggeldanspruch während einer ebA infolge einer invaliditätsbedingten Erwerbseinbusse ebenfalls als invaliditätsbedingte Mehrkosten gewertet.

Es gilt somit festzuhalten, dass sowohl das Verfahren wie auch die Entscheide rechtlich korrekt gestaltet bzw. getroffen wurden.

Aufgabe 3 und 4:

Ausgangslage

Der Versicherte konnte die Attestausbildung am 31.07.2018 erfolgreich abschliessen. Ab 01.08.2018 wurde ihm die ganze IV-Rente wieder ausgerichtet. Diese wurde mit Wirkung ab 01.11.2018 auf eine Dreiviertelsrente herabgesetzt.

Für die Berechnung der Validenbasis wurde trotz erfolgreichem Abschluss der Attestausbildung weiterhin Art. 26 Abs. 1 IVV herangezogen.

Nachdem der Versicherte am 01.01.2022 das 30. Altersjahr noch nicht vollendet hatte und die Berechnung der Validenbasis über Art. 26 Abs. 1 IVV erfolgte, wurde den Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 3.11.2021 zufolge der Rentenanspruch revidiert. Die Neuberechnung der Validenbasis, basierend auf der ab 01.01.2022 neu gültigen Basis für Geburts- und Frühinvalide (Art. 26 Abs. 6 IVV) ergab ab 01.01.2022 einen IV-Grad von 62%. Den Weisungen im KSIR zufolge wurde die IV-Rente nicht ins neue Rentensystem überführt und dem Versicherten weiterhin eine Dreiviertelsrente ausgerichtet.

Analyse

Bis einschliesslich 01.08.2018 wurde dem Versicherten ein IV-Taggeld ausgerichtet. Somit musste die Rentensistierung auf den 02.08.2018 nach Ende des Taggeldanspruchs aufgehoben und die ganze IV-Rente wiederum ausgerichtet werden. Da es sich bei der Rente um einen Monatsbetrag handelt, erfolgte die Wiederausrichtung der Rentenzahlung auf den 01.08.2018. Auf den 01.11.2018 wurde die IV-Rente revisionsweise auf eine Dreiviertelsrente herabgesetzt. Für die Berechnung der Validenbasis wurde auf Art. 26 Abs. 1 IVG und für die Berechnung des Invalideneinkommens auf den aktuellen Lohn abgestellt.

Im Rahmen des Revisionsauftrags basierend auf den Übergangsbestimmungen zur Änderungen vom 03.11.2021 wurde einzig die Validenbasis nach Art. 26 Abs.6 IVV neu berechnet. Weitere gesetzliche Neuerungen wurden nicht berücksichtigt. Nachdem die Neuberechnung so einen IV-Grad von 62% ergab, wurde weiterhin eine Dreiviertelsrente ausgerichtet und die Rente deshalb im alten Rentensystem belassen.

Rechtliche Erwägungen

Die Ausrichtung des Taggelds bis einschliesslich 01.08.2018 ist rechtlich korrekt, da der 1. August ein Feiertag ist. Damit endet der Taggeldanspruch nicht am 31.07., sondern erst am 01.08.2018. Mit Wegfall des Taggeldanspruchs lebt die Rentenzahlung wieder auf, da kein (Koordinations-)Grund für die Rentensistierung mehr vorliegt. Obwohl der Sistierungsgrund erst ab 02.08.2018 wegfällt, beginnt die Rentenzahlung mit dem Monatsersten, da es sich um eine Monatsrente handelt. Am 01.08.2018 ist jedoch 1/30 der Monatsrente beim Taggeld in Abzug zu bringen.

Eine Rentensistierung stellt lediglich einen Aufschub der Rentenzahlung dar. Der materielle Rentenanspruch ist über die gesamte Dauer der Rentensistierung weiterhin gegeben. Aus diesem Grund muss nach Ende des Taggeldanspruchs die ganze IV-Rente wieder ausgerichtet werden. Erst dann kann eine Revision durchgeführt werden. In Anwendung von Art. 88a Abs.1 IVV ist eine Rente frühestens 3 Monate nach Beginn der Verbesserung der Erwerbsfähigkeit zu revidieren. Die Rentenherabsetzung auf den 01.11.2018 erfolgte damit zurecht.

Weisungskonform wurde im Rahmen der Übergangsbestimmungen vom 03.11.2021 lediglich die Validenbasis angepasst, nachdem auf den 01.01.2022 die nach Alter abgestufte Berechnung des Valideneinkommens für versicherte Personen wegfiel, die behinderungsbedingt keine genügenden beruflichen Erkenntnisse erwerben konnten.

Im neuen Rentensystem entspricht der IV-Grad von 50 – 69% den prozentualen Anteilen einer ganzen Rente. Bei einem IV-Grad von 62% hat eine versicherte Person damit betragsmässig Anspruch auf 62% einer ganzen Rente. Im alten System entstand bei einem IV-Grad zwischen 60 – 69% der betragsmässige Anspruch auf 75% einer ganzen Rente. Aus diesem Grund sind Renten weiterhin im alten System zu belassen, falls die Überführung ins neue System trotz höherem IV-Grad eine Herabsetzung der betragsmässigen Rentenleistung zur Folge hätte. Der vorliegende Revisionsentscheid, bei welchem die Rente im alten System belassen und weiterhin eine Dreiviertelsrente ausgerichtet wurde, ist deshalb korrekt.

Abschliessend stellt sich noch die Frage, ob die Berechnung der Validenbasis altrechtlich nach Abschluss der Attestausbildung korrekterweise über Art. 26 Abs.1 IVV erfolgte. Nach der Praxis des Bundesgerichts kommt altrechtlich Art. 26 Abs.1 IVV auch dann zur Anwendung, wenn eine versicherte Person trotz abgeschlossener Ausbildung nicht in der Lage ist, aus behinderungsbedingten Gründen ein gleichwertiges Einkommen in der gelernten Tätigkeit zu erzielen. Herr A. Schmid ist im vorliegenden Fall lediglich in der Lage, 50% des branchenüblichen Einkommens zu erzielen. Aus diesem Grund ist die Berechnung der Validenbasis nach Ende der Attestausbildung nicht zu beanstanden.

Aufgabe 5

Revisionsentscheid

Der Invaliditätsgrad ist infolge Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit am 01.01.2023 auf neu 50% herabzusetzen. Die Rentenleistung ist somit auf den nächstmöglichen Zeitpunkt bzw. den 2. der Verfügung

folgenden Monats ins neue Rentensystem zu überführen. A. Schmid hat ab diesem Zeitpunkt betragsmässig einen 50%-Anspruch einer ganzen IV-Rente.

Rechtliche Erwägungen

Für die Bemessung des Invalideneinkommens ist neu auf das Erwerbseinkommen ab 01.01.2023 abzustellen. Der Soziallohnanteil von CHF 500.— ist nicht in Abzug zu bringen und ebenfalls aufgrund von Art. 25 Abs.1 IVV als Lohn anzurechnen.

Bei der Bemessung des Valideneinkommens über Art. 26 Abs.6 IVV resultiert somit ein IV-Grad von 62%. Damit ändert sich der Invaliditätsgrad um die gesetzlich für einen wirtschaftlichen Revisionsgrund erforderlichen mindestens 5 Prozentpunkte, weshalb die IV-Rente zu revidieren ist.

Nachdem ein wirtschaftlicher Revisionsgrund ausgewiesen ist, unterliegt das Revisionsverfahren der vollen Kognition. Da der Versicherte eine Attestausbildung nach BBT erfolgreich abgeschlossen hat und deshalb die Voraussetzung von Art.26 Abs.6 IVV nicht mehr erfüllt, kann diese Bestimmung nicht mehr für die Bemessung der Validenbasis herangezogen werden. Diese ist somit neu im erlernten Beruf zu ermitteln. Ausgehend davon, dass das erzielte Erwerbseinkommen mit Invalidität nicht mindestens 5 Prozentpunkte unter dem branchenüblichen Zentralwert der LSE liegt, resultiert über den Einkommensvergleich neu ein Invaliditätsgrad von 50%.

Die IV-Rente ist deshalb auf den nächstmöglichen Zeitpunkt zu revidieren und aufgrund des ausgewiesenen wirtschaftlichen Revisionsgrunds ins neue Rentensystem zu überführen.

Aufgabe 6

Guten Tag Herr Schmid

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und beantworten Ihnen nachfolgend gerne Ihre Fragen.

Mit Einführung der gesetzlichen Bestimmungen zur IV-Weiterentwicklung per 01.01.2022 änderte die Bemessungsgrundlage für versicherte Personen, die aus invaliditätsbedingten Gründen keine zureichenden beruflichen Erkenntnisse erwerben konnten. Neu sind basierend auf dieser Grundlage nur noch versicherte Personen zu bemessen, die keine anerkannte Berufsausbildung erfolgreich abschliessen konnten. Nachdem Sie die Attestausbildung zum Schreinerpraktiker im Sommer 2018 erfolgreich abschlossen, sind in Ihrem Fall für die Bemessung des Einkommens ohne gesundheitliche Einschränkung neu die Verdienstmöglichkeiten im erlernten Beruf massgebend. Da es Ihnen möglich ist, 50% des Einkommens einer gesunden Person im gleichen Beruf zu verdienen, beträgt der massgebende Invaliditätsgrad neu 50% und Sie haben betragsmässig nur noch Anspruch auf 50% einer ganzen IV-Rente. Aus diesem Grund fällt ihre Teilrente heute tiefer aus.

Aufgrund der von Ihnen beschriebenen finanziellen Situation empfehlen wir Ihnen, einen Antrag zur Ausrichtung von Ergänzungsleistungen bei der AHV-Zweigstelle ihrer Wohngemeinde einzureichen.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse